

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon (02 28) 21 90 39/39
Telex: DE 96 846 pbon d

Inhalt

Helmut Rothemund MdL untersucht das Toben von Strauß gegen den SPD-Kanzlerkandidaten: Neidkomplexe.
Seite 1

Erhard Mahne MdB bilanziert die ersten 100 Tage der CSU-Verkehrspolitik: Fehlgriffe und Fehlsteuerungen.
Seite 2

Dietrich Sperling MdB setzt sich dafür ein, daß Spitzenbeamte künftig nur noch auf Zeit berufen werden: Notwendige Flexibilität.
Seite 4

Franz Müntefering MdB stellt fest, daß sich der Wohnungsbauminister mit fremden Federn schmückt: Torso und Scheinblüte.
Seite 5

Hans Kolo MdL fordert auf, Konsequenzen aus dem Waldsterben zu ziehen: CSU sucht Ausflüchte.
Seite 6

Dokumentation:

Strauß-Brief zur TA-Luft an den damaligen Bundesinnenminister Baum: Lobhymne der Wirtschaft.
Seite 8

39. Jahrgang / 26

7. Februar 1983

Neidkomplexe

Der Skandalpolitiker Strauß tobt gegen den Integren SPD-Kanzlerkandidaten

Von Dr. Helmut Rothemund MdL
Mitglied des SPD-Parteivorstandes
Landes- und Fraktionsvorsitzender der bayerischen SPD

Eine geradezu gespenstische Irrationalität beherrschte nach meinem Eindruck den Verlauf des "kleinen Parteitages" der CSU. Insbesondere der Parteivorsitzende Strauß verstieg sich in seiner zweieinhalbstündigen Schimpforgie zu beängstigend welt- und wirklichkeitsfremden Aussagen.

Die Strauß-Wertung etwa, der SPD-Kanzlerkandidat Vogel sei "einer der mittelmäßigsten Spießbürger unserer Zeit", dürfte selbst bei Unionswählern Zweifel an der Urteilsfähigkeit des CSU-Vorsitzenden hervorrufen. Strauß, der führende Skandalpolitiker der deutschen Nachkriegsgeschichte, der einst wegen Belügung des Parlaments aus einem Ministeramt gejagt wurde, tobt in niedrigster Weise seine Neidkomplexe gegenüber dem integren Politiker von außergewöhnlichem Format, den die SPD als Kanzlerkandidaten anzubieten hat, aus.

Die Glaubwürdigkeit und das Vertrauen, das der SPD-Kanzlerkandidat in breiten Kreisen der Bevölkerung genießt, irritiert die CSU offenkundig so sehr, daß sie nur noch mit Verzweiflungskampagnen und Verleumdungskampagnen glaubt reagieren zu können.

Irrationalität und Neid diktieren die Aussagen des CSU-Vorsitzenden. Er hebt dabei manchmal in gefährlicher Weise von der Wirklichkeit ab, etwa, wenn er tönt, der Westen habe den sowjetischen Raketen nichts als "Papiere" entgegenzusetzen. Ein Außenminister und Vizekanzler Strauß, der von solchen Prämissen ausgeht, wäre zu jeglichem Abrüstungsbeitrag unfähig.

Statt irgendwelcher Zukunftsperspektiven hatte Strauß nur Wortwolken anzubieten. Was zum Beispiel soll man mit der Strauß-Aussage anfangen, die wirtschaftliche Talfahrt sei nicht mit Beschäftigungsprogrammen zu bremsen, sondern nur "mit moralisch-geistig-schöpferischen Kräften"? Handauflegen statt Handeln scheint das Strauß-Rezept für die Wirtschaft zu sein. + + (-/7.2.1983/bgy/ca)

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 812-1

Printed in Germany
with special permission
from the Bonn Office
Reprinting-Partner



100 Tage CSU-Verkehrspolitik

Fehlgriffe und Fehlsteuerungen unter Minister Dollinger

Von Erhard Mahne MdB

Ehemaliger Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr

Seit etwas mehr als 100 Tagen residiert Dr. Dollinger (CSU) als Minister der Übergangsregierung Kohl/Zimmermann/Genscher im Bundesverkehrsministerium, begleitet von Dr. Schulte (CDU) als Parlamentarischer Staatssekretär und dem Staatssekretär Bayer aus der CSU-Verwaltung Bayern, Zeit und Anlaß genug für eine kritische Kurzbilanz.

Der Start des Übergangsverkehrsministers war wenig vielversprechend: Personelle Mißgriffe und Fehlbesetzungen von Anfang an. Es ist schon kein Zeichen überzeugender Personalpolitik, wenn beispielsweise bereits nach wenigen Wochen der neue Leiter des Ministerbüros wieder ausgewechselt werden muß. Vor allem aber: Was im Zusammenhang mit dem Wechsel in der Leitungsebene des Bundesministeriums für Verkehr, insbesondere durch die Art der Durchführung, an Engagement bei qualifizierten Fachbeamten und Angestellten beschädigt wurde, wird nachwirken.

Die wenigen verkehrspolitischen Neuentscheidungen des Übergangsverkehrsministers lassen zwar kein schlüssiges Konzept erkennen, gehen aber doch größtenteils in die falsche Richtung:

- o Die ideologische Fixierung auf die Fertigstellung des Main-Donau-Kanals ist eine Entscheidung gegen die ökonomische und gegen die ökologische Vernunft. Sie ist zugleich eine Entscheidung gegen das Ruhrgebiet, denn die Gelder für den schädlichen Kanal in Bayern werden bei der dringend notwendigen Instandhaltung des westdeutschen Kanalnetzes schmerzlich fehlen.

Durch diese Verschlechterung der Standortbedingungen an der Ruhr trägt Dollinger auf seine Art zur Verschärfung der Stahl- und Kohlekrise bei.



- o Die Umschichtung von nahezu 60 Millionen DM im Haushalt 1983 von Investitionen für den öffentlichen Personennahverkehr auf Vorhaben des Straßen- und Kanalbaus ist auch ökonomisch falsch: So werden nicht mehr sondern weniger neue Arbeitsplätze geschaffen beziehungsweise gesichert. Und natürlich sind auch hier die Städte in Nordrhein-Westfalen die Hauptgeschädigten.
- o Die vollmundigen Ankündigungen im Straßenbaubereich, der verbale Eiertanz um weitere 5.000 Kilometer Bundesautobahn, sind nicht mehr komisch: Wenn Herr Dollinger schon nicht einsehen will oder kann, daß im Fernstraßenbau Qualität vor Quantität gehen muß, daß eine kritische Überprüfung des Bedarfsplans fällig ist, sollte er doch wenigstens keine unfinanzierten und unfinanzierbaren Versprechungen in die Welt setzen (die er dann ja prompt einen Tag später reklamieren muß). Daß der Minister seinen Ruf auf diese Art ruiniert, kann uns ja gleichgültig sein, - daß er bei Unternehmern und Arbeitnehmern damit aber unerfüllbare Hoffnungen erzeugt, dagegen nicht. Denn so werden Fehlentscheidungen provoziert und die Zukunftsprobleme verschärft.
- o Mich erschreckt, daß die Repräsentanten einer Partei mit dem Namen Christi im Aushängeschild menschliches Leben so wenig achten, daß positive Ansätze im Bereich der Verkehrssicherheit auf dem ideologischen Altar der vermeintlichen Autofahrerfreiheit geopfert werden. Die Entscheidung gegen das Verwarngeld für Gurtmuffel werden Menschen mit Gesundheit oder gar ihrem Leben bezahlen.
- o Die großen verkehrspolitischen Defizite zeigt der CSU-Verkehrsminister im Bereich der Deutschen Bundesbahn: Wer glaubt, die drängenden Probleme der Bahn auf dem Rücken der Deutschen Bundesbahn-Mitarbeiter lösen zu können, hat offenbar nichts von der Bahn verstanden - ohne die überdurchschnittliche Einsatzbereitschaft der Eisenbahner ist die für unsere Volkswirtschaft unverzichtbare Leistung der Bahn gar nicht aufrecht zu halten. Und gerade diese Einsatzbereitschaft wird durch Dollingers Politik in Frage gestellt.

Die Bilanz der 100 Tage Übergangs-Verkehrsminister Dollinger muß deshalb leider lauten: Fehlgriffe und Fehlsteuerungen statt Sachkunde und Zukunftsorientierung. Es rächt sich heute, daß CSU und CDU auf den Oppositionsbänken nicht gearbeitet haben, sondern nur Vorurteile pflegen. Heute haben sie deshalb nichts anderes als ihre Vorurteile in der Hand. Dies ist aber viel zuwenig, auch in der Verkehrspolitik. Und deshalb werden sie am 6. März 1983 auch wieder weggewählt.

(-/3.2.1983/ks/rs)

+ + +



Notwendige Flexibilität

Spitzenbeamte künftig nur noch auf Zeit?

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Parlamentarischer Staatssekretär a.D.

CDU und CSU haben nach ihrem Eintritt in die Bundesregierung mehr Beamte entlassen und umgesetzt als es zunächst den Anschein hatte. Es waren, wie sich jetzt herausstellt, auch mehr als beim Regierungswechsel 1969 im gleichen Zeitraum entlassen worden sind.

Die Änderungen und Umstrukturierungen gehen weitaus tiefer, als in der Öffentlichkeit allgemein angenommen wird. Die Kosten, die die frühzeitig pensionierten politischen Beamten verursachen, sind hinzunehmen und vertretbar. Sie gehören zu den fiskalischen Kosten, die ein Regierungswechsel, der zu einer Demokratie unabhingbar gehört, nun einmal verursacht. Wenn jedoch am 6. März - was zu erwarten ist - wieder ein Regierungswechsel stattfindet, werden wieder Beamte entlassen und umgesetzt werden müssen. Es kann keiner neuen Regierung zugemutet werden, das schwarze Patronagesystem zu übernehmen, das mittlerweile aufgebaut worden ist.

Da nur Abteilungsleiter und Staatssekretäre in den vorläufigen Ruhestand geschickt werden können, wird die verbleibende personalpolitische Handlungsmöglichkeit einer neuen Regierung sehr eng. Dieses Dilemma ist aus Kostengründen durch Stellenausweitungen oder durch eine Ausweitung des Kreises der politischen Beamten nicht zu lösen.

Es gibt aber einen brauchbaren Lösungsweg, der schon einmal diskutiert und verfolgt worden ist und den sogar die Landesregierung von Baden-Württemberg, wenn auch in einer unzureichenden Form, jetzt berät: den der Vergabe von Spitzen- und Leistungsfunktionen in den Ministerien gegen eine bessere Bezahlung auf auf begrenzte Zeit.

Die "normale" Beamtenhierarchie kann ohne weiteres bei einer bestimmten Besoldungsstufe enden. Leistungsfunktionen oberhalb dieser Ebene werden auf Zeit (für vier oder fünf Jahre vergeben) und besser besoldet. Nach Ablauf der Zeit kann eine Wiederberufung erfolgen oder aber ein "Zurückgehen" auf die Endstufe der "normalen" Laufbahn.

Ein solches Modell gewährleistet die notwendige Flexibilität, sichert den Regierungen personelle Dispositionsmöglichkeiten und vermeidet die hohen Kosten junger hochbezahlter Frührentner.

Ein solches Modell sollte in der nächsten Legislaturperiode von allen Partei geprüft werden.

+ + +



Torso und Scheinblüte

Der Wohnungsbauminister schmückt sich mit fremden Federn
Von Franz Müntefering MdB
Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Bundestagsausschuß für
Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Der Wähler will vor dem 6. März wissen, wie es aussieht mit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und mit Maßnahmen gegen Wohnungsmangel in den Großstädten. Fragen, die auch an den Wohnungs- und Städtebauminister gehen.

Und der läßt sich nicht lumpen. Er macht allerlei schöne Aussichten, die sich angeblich am Horizont zeigen und verkündet: Es wird besser.

Sieht man sich die tagtäglichen frohen Botschaften des Dr. Schneiders genauer an, kommt die triste Wahrheit schnell zum Vorschein: Die meisten Federn, mit denen er sich schmückt, sind fremde und vom hochgelobten Neubau steht nicht mehr als die Frontseite. Als Wohnung ein Torso, als Arbeitsstätte eine Scheinblüte. Die aber streicht er fleißig bunt.

Die fremden Federn: Die Verbesserung der Abschreibungssätze (Paragraph 7b EkSt), ihre Ergänzung um eine Kinderkomponente durch die sozialliberale Koalition und mehrere Zinssenkungen seit 1981 haben seit Frühjahr 1982 die Bauaufträge wieder ansteigen lassen. Die konjunkturell beeinflussten Baupreise wirkten sich zusätzlich positiv aus.

Von Minus 24,6 Prozent im Januar 1982 (im Vergleich zum Vorjahresmonat) stieg die Zahl der Bauaufträge (!) im Wohnungsbau laut Statistischem Bundesamt über Minus 3,1 Prozent im Juni 1982 und Plus 10,3 Prozent im August auf Plus 23,5 Prozent im November 1982. Aufträge, die im August oder November erteilt wurden, hatten alle nichts mit dem Bauprogramm der neuen Regierung zu tun. Über die individuelle Bauentscheidung, den Bauantrag und die Baugenehmigung dauert es bekanntlich einige Monate bis zum Bauauftrag. So steht denn auch im November-Bericht des Wirtschaftsministers: "Die Baunachfrage hat sich - den erst bis August reichenden Daten zufolge - im bisherigen Jahresverlauf von einem allerdings sehr niedrigen Niveau aus sichtbar erholt. Dies gilt vor allem für den Bereich Wohnungsbau..."

Der Torso: Das neue Wohnungsbauprogramm verwirklicht in einigen Punkten SPD-Vorschläge von 1981, nämlich die Bausparzwischenfinanzierung und die direkte Förderung des Sozialmietwohnens. Das ist hilfreich. Aber das ist noch keine vernünftige Wohnungsbaupolitik. Entgegen den Vorschlägen der SPD werden die übrigen Mittel weitgehend ungesteuert



Übers Land verstreut. Über sechs Milliarden der insgesamt rund sieben Milliarden rauschen an den Wohnungsproblemen der Bedarfsschwerpunkte vorbei. Das ist wohnungspolitisch ein Skandal.

Beim dicksten Brocken - dem Schuldzinsenabzug für eigengenutzte Wohnungen; Kosten fünf Milliarden DM oder mehr - liegt der Mitnehmereffekt nicht unter 90 Prozent und er landet dank Steuerprogression überwiegend in den Taschen Gutverdienender. Wie sagte Dr. Schneider doch nach seinem Amtsantritt: "Der Bauminister ist primär Wirtschaftsminister unter einem ganz spezifischen Apsekt." Man merkt's. Erst beim Mietrecht, jetzt beim Wohnungsbau. Diese Wohnungsbaupolitik hätte sich auch ein Unterabteilungsleiter im Hause des Wirtschaftsministers ausdenken können; dazu braucht man keinen Wohnungsbauminister.

Die Scheinblüte: Trotz Anstieg der Aufträge bewegen sich Hoch- und Tiefbau einschließlich Wohnungsbau immer noch auf sehr niedrigem Niveau. Und der Wohnungsbauminister tut alles, neue konjunkturelle Schlaglöcher auszuheben.

Bei der quotierten Bausparzwischenfinanzierung und beim zeitlich begrenzten Schuldzinsenabzug werden zwar begrenzt Bauentscheidungen vorzeitig ausgelöst, aber keine neuen ermöglicht. Sobald die Mittel aufgebraucht oder die Frist abgelaufen ist, kommen erneute Einbrüche. Die Mittel aus der Zwangsanleihe werden 1983 verfrühstückt. Die Wohnungen, die mit diesen Sonder-Einnahmen initiiert werden, kosten aber noch viele Jahre viel Geld, ohne dann auch noch Arbeitsplätze zu sichern. Eine neue Bugwelle von Verpflichtungen wird aufgerichtet und blockiert den wohnungspolitischen Handlungsspielraum für eine Reihe von Jahren. Die Nivellierung der Grunderwerbssteuer verteuert gleichzeitig die Baugrundstücke und den Kauf von Eigentumswohnungen. Die 250.000-DM-Eigentumswohnung kostet 5.000 DM Grunderwerbssteuer gegenüber bisher Null, die 800.000-DM-Villa kostet dagegen 22.500 DM Steuern weniger als bisher.

Die Lage muß wirklich schlimm und die Regierung muß ratlos sein, wenn sie vorgibt, sich am spärlichen Schopfe dieses Wohnungsbauprogramms aus der Wirtschaftskrise ziehen zu können. 1787 bluffte Fürst Griogori Alexandrowitsch Potemkin seine Zarin Katharina II., um Wohlstand des Landes vorzutäuschen. Knapp zweihundert Jahre später preist Minister Dr. Oscar Schneider seine dürftigen Fassaden als durchschlagenden Erfolg, um so Wähler zu gewinnen.

Ob Katharina ihrem Fürsten wirklich geglaubt hat, weiß man nicht. Daß die Wähler Dr. Schneider glauben, ist eher unwahrscheinlich. Denn die Verkleidung ist zu dürftig. Und wie das so ist in diesen Februar-Wochen: Nach ein paar fidelen Tagen wird demaskiert. Noch vor dem 6. März kommt die Wahrheit ans Tageslicht. (-/7.2.1983/bgy/ca)

+ + +



CSU macht Ausflüchte

Konsequenz aus dem Waldsterben ziehen!

Von Hans Kolo MdL

Umweltpolitischer Sprecher der bayerischen SPD-Landtagsfraktion

Es gibt keinen Wissenschaftler, der die Luftverunreinigung als Verursacher für das Waldsterben ausschließt. Dieses eindeutige Ergebnis unserer Anhörung zum Waldsterben wird durch den übereinstimmenden Appell der Wissenschaftler an die Politiker belegt, die Luftverunreinigungen drastisch zu senken.

Das Hearing hat ergeben, daß unter den Wissenschaftlern Unsicherheiten nur über die jeweilige Bedeutung der einzelnen Wirkkomponenten Schwefeldioxid, Stickoxide, Ozon und Schwermetalle für das Waldsterben bestehen. Es ist aber sicherlich falsch und irreführend, wenn die Fachsprecher der CSU-Fraktion nun wieder mit dem Argument operieren, daß "eine eindeutige Aussage über die Ursache der Baumerkrankungen nicht möglich" ist. Im Gegenteil - zwischen den Wissenschaftlern herrschte völlige Übereinstimmung, daß das gleichzeitige Auftreten der verschiedenen Wirkkomponenten eher potenzierend wirkt, die Gefährdung für den Wald verstärkt.

Als Forderungen an die Politiker gilt deshalb zum einen, daß mehr Mittel für die Erforschung derartiger synergetischer Wirkungen, des Zusammenwirkens mehrerer Schadstoffgruppen, bereitgestellt werden müssen. Zum anderen muß nach dem Schwefeldioxid stärkere Aufmerksamkeit auch gegen den Stickoxiden und den Schwermetallen geschenkt, müssen die Gefährdungen durch Autoabgase und Müllverbrennungsanlagen vermehrt in die Forschung einbezogen werden.

Kluft zwischen Wissenschaft und Wirtschaft

Unbestritten gibt es technische Möglichkeiten, die Emissionen zu verhindern. Ebenso deutlich wurde im Hearing die Einigkeit darüber, daß das Ziel der Null-Emission auf keinen Fall erreicht werden kann. Die Kluft zwischen Wissenschaft und Wirtschaft wurde jedoch unüberschbar bei der Diskussion der wirtschaftlichen Umsetzbarkeit der Möglichkeiten zur Reduzierung der Emissionen: Während die Energieversorgungsunternehmen eher das apokalyptische Bild des Ruins zeichneten, bezogen die Wissenschaftler (Prof. Broda) eher die Gegenposition.

Wenn die CSU wieder versucht hat, die Bedeutung der TA Luft, die sie angeblich in ihren Augen hat, herauszustellen und der sozialliberalen Bundesregierung jahrelange Untätigkeit vorzuwerfen, dann sei sie nur an den Brief von Strauß an den ehemaligen Innenminister Baum erinnert. Strauß offenbarte darin, daß ihm wirtschaftliche Interessen vor Umweltschutz gehen. Es mag schon sein, daß Bayerns Umweltminister Dick gelegentlich anderer - umweltfreundlicher - Meinung war als sein Parteivorsitzender. Die politischen Gewichte zeigen allerdings wer - Strauß oder Dick - sich letztlich durchsetzen kann.

Sofortmaßnahmen gegen die Luftverunreinigungen

Es gibt folgende Möglichkeiten, die Emissionswerte rasch und relativ kostengünstig zu senken:

- Die Kraftwerke mit besonder hohen Emissionswerten müssen überprüft und gegebenenfalls stillgelegt werden. Reicht dann die Kapazität zur Abdeckung des Energiebedarfs



nicht mehr aus, müssen sie durch mittlere Kraftwerke (Neubau) ersetzt werden, die alle wirtschaftlichen Möglichkeiten - Wärme-Kraft-Koppelung und Nutzung der Fernwärme - ausschöpfen.

- Alle Müllverbrennungsanlagen, chemischen Großanlagen und sonstigen Großemittenden müssen umgehend überprüft und durch verwaltungstechnische Maßnahmen zur Reduzierung ihres Schadstoffausstoßes gezwungen werden.
- Der Druck auf die Automobilindustrie muß verstärkt werden, Fahrzeuge mit geringeren Abgaswerten herzustellen. Die öffentliche Hand könnte dabei eine Pilotfunktion erfüllen, indem sie bei der Anschaffung ihres Fuhrparks dieses Kriterium besonders beachtet.

Eine Gesellschaft, die nach Berechnung der OECD (Organisation zur Wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Europa) durch Umwelteinflüsse jährlich drei bis fünf Prozent ihres Bruttosozialproduktes - das sind 40 bis 70 Milliarden Mark - verliert, kann diesen Schaden auf Dauer nicht hinnehmen, nur weil Teile der Volkswirtschaft - Energieversorgungsunternehmen, Müllverbrennungsbetriebe und andere Großemittenden - nicht zu einer Investition von drei bis vier Milliarden Mark bereit sind!

(-/7.2.1983/va-he/ca)

+

+

+



D O K U M E N T A T I O N

Der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß predigt den Umweltschutz. Plötzlich ist er gegen das Waldsterben. Strauß hat allerdings am 8. März 1982 einen Brief an den damaligen Bundesinnenminister Gerhart Baum gerichtet, um seinen Standpunkt zur Novellierung der TA-Luft klarzumachen. Darin erweist sich der bayerische Ministerpräsident als Lobbyist der Wirtschaft, der Kraftwerksbetreiber, für den Umweltschutz zum Fremdwort wird, wenn er die Interessen der Wirtschaft tangiert. Er plädiert dafür, daß die Genehmigungsverfahren für Kraftwerke erleichtert werden - auch zum Preis der Verschlechterung des Umweltschutzes. Er widerspricht einem "Verschlechterungsverbot" im Entwurf der TA Luft, weil "solche neuen Investitionshemmnisse" nicht in Frage kommen. Bei der Überprüfung bestehender und bei der Festlegung neuer Immissionswerte müßten "die wirtschaftlichen Erfordernisse wieder stärker als in den letzten Jahren zur Geltung kommen". Und die Bayerische Staatsregierung werde der Novellierung der TA Luft nur dann "zustimmen können", wenn darin "die heute offen zu Tage tretenden wirtschaftlichen Notwendigkeiten" berücksichtigt sind. Der Brief von Strauß an Baum hat folgenden Wortlaut:

Der bayerische Ministerpräsident als Lobbyist der Wirtschaft

"Sehr geehrter Herr Bundesminister!

Die Novelle zur TA-Luft ist im Anhörungsverfahren, das im letzten Herbst stattgefunden hat, zum Teil auf heftigen Widerstand gestoßen. Die TA Luft gehört zusammen mit dem Bundesimmissionsschutzgesetz zu den neueren wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die nach den Erfahrungen der letzten Jahre einer gründlichen Überprüfung bedürfen, ob sie den Erfordernissen des Umweltschutzes und der Wirtschaft entsprechen, vor allem ob sie Umweltschutz und volkswirtschaftliche Notwendigkeiten sachgerecht gegeneinander abgrenzen.

Ich spreche keinesfalls einer Verschlechterung des Umweltschutzes das Wort. Aber angesichts eines Investitionsstaus von 80 Milliarden DM halte ich es für dringend, Gesetze und Verwaltungsvorschriften so auszugestalten, daß die Genehmigungsverfahren zum Beispiel für Kraftwerke, bei den Behörden und vor Gericht in angemessener Zeit abgewickelt werden können und ihr Ausgang für die Wirtschaft wieder kalkulierbar wird.

Die TA Luft darf deshalb ihren Wert als antizipiertes Sachverständigengutachten nicht dadurch einbüßen, daß die dort getroffenen Festlegungen durch eine Vielzahl von unbestimmten Rechtsbegriffen wieder relativiert werden. Die Voraussetzungen, unter denen die Behörden Genehmigungen zu erteilen haben, müssen möglichst klar und eindeutig umschrieben werden.

Im bisherigen Änderungsentwurf ist eine Art "Verschlechterungsverbot" vorgesehen, das in Gebieten außerhalb der Ballungsgebiete die Industrieansiedlung durch strenge Bestimmungen zum Sachgüterschutz sehr stark behindern würde. Solche neuen Investitionshemmnisse außerhalb der Ballungsgebiete können gerade für diejenigen Regionen, die unter der Arbeitslosigkeit besonders zu leiden haben, nicht in Frage kommen.

Angesichts der sich verschlechternden wirtschaftlichen Verhältnisse, der nachlassenden Investitionsneigung der Unternehmen und der zunehmenden Arbeitslosigkeit halte ich es für unerlässlich, daß auch bei der Überprüfung bestehender und bei der Festlegung neuer Immissionsgrenzwerte sowie bei der Festlegung der Meß- und Berechnungsmethoden die wirtschaftlichen Erfordernisse wieder stärker als in den letzten Jahren zur Geltung kommen.

Die Bayerische Staatsregierung hält eine Novellierung der TA Luft für dringend erforderlich. Sie wird ihr jedoch nur dann zustimmen können, wenn darin die heute offen zutage tretenden unwirtschaftlichen Notwendigkeiten neben den berechtigten Forderungen des Umweltschutzes berücksichtigt sind.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Franz Josef Strauß"

(-/7.2.1983/vo-he/ca)

